

INTERVIEW

Waffenrecht an deutsche Standards anpassen

Karl-Heinz Florenz,
Präsident der Jagd-
Intergruppe und CDU-
Europaabgeordneter



Foto: European Union 2012 PE-EP: Bernal Revert

WuH: Nach den Attentaten von Frankreich hat die Europäische Kommission eine Revision der Feuerwaffenrichtlinie für Frühjahr 2016 angekündigt. Was sagen Sie dazu?

Florenz: Die Attentate von Paris haben den Druck auf die politisch Handelnden deutlich erhöht. Ich halte diesen überstürzten Zeitplan für falsch. Es existiert nachweislich kein Zusammenhang zwischen dem legalen Besitz ziviler Waffen, wie sie für die Jagd oder den Schießsport verwendet werden, und terroristischen Attentaten. Für mich ist es daher völlig inakzeptabel, die gesetzliche Regelung des legalen Waffenbesitzes mit dem Kampf gegen den Terror zu begründen.

WuH: Ist eine Überarbeitung des Waffenrechts vor diesem Hintergrund sinnvoll?

Florenz: Ja, grundsätzlich unterstütze ich eine genaue Überprüfung der Waffengesetze. Die Standards sind in vielen EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich, und oft nicht optimal. Es kann zum Beispiel nicht sein, dass wir in Deutschland sehr strenge und detaillierte Vorschriften über die Deaktivierung von Waffen haben, aber schlecht deaktivierte Waffen in

der Slowakei frei erhältlich sind. In manchen Bereichen ergibt eine Angleichung der Vorschriften also durchaus Sinn. Ein sicheres Waffenrecht ist schließlich in unser aller Interesse.

WuH: Was bedeutet dies für die deutschen Jäger und Schützen?

Florenz: Kurz und knapp: Es ist zu befürchten, dass der Vorschlag der Kommission in seiner jetzigen Form de facto das Ende des Schießsports mit Langwaffen in Deutschland bedeuten könnte. Das deutsche Waffenrecht gehört bereits heute zu den strengsten in Europa und ist eine bessere Grundlage als der Vorschlag der Kommission. In vielen Fragen würde ich mir daher wünschen, dass die Vorschriften unserer Nachbarländer an deutsche Standards angeglichen würden.

WuH: Wie geht es jetzt weiter?

Florenz: Leider hat sich die Kommission zu sehr von den aktuellen Geschehnissen treiben lassen. Dass vorab keine Folgenabschätzung durchgeführt wurde, ist ein Anzeichen dieses überhasteten Vorgehens und dürfte sich bei einer so weitreichenden Richtlinie noch als ein schwerer Fehler herausstellen.

Allerdings wird sich das Europäische Parlament nicht von der Kommission treiben lassen, sondern sich die erforderliche Zeit nehmen, um den Vorschlag genau zu prüfen. Die bisherigen Anhörungen zu diesem Thema haben ein klares Stimmungsbild abgegeben: Es überwiegen die kritischen Stimmen aus fast allen Fraktionen und Mitgliedstaaten.

WuH: Wie sähe für Sie ein praxistauglicher Vorschlag aus?

Florenz: Indem man sich bereits funktionierende Praktiken aus den Mitgliedstaaten zum Vorbild nimmt. Man sollte sich an bereits funktionierenden Regelungen orientieren, wie zum Beispiel den deutschen Gesetzen. Der Vorschlag sollte sich vielmehr auf jene Bereiche konzentrieren, in denen EU-einheitliche Regelungen wirklich einen vernünftigen Mehrwert schaffen können. Ich unterstütze dabei ausdrücklich eine europaweite Vernetzung der nationalen Waffenregister. Richtig ist auch, dass die Markierungen und die Rückverfolgbarkeit von Waffen verbessert werden sollen.

WuH: Gibt es die realistische Chance, dass die Kommission den ganzen Entwurf wieder zurücknimmt?

Florenz: Obwohl dieser Schritt wünschenswert wäre, ist damit nicht zu rechnen. Allerdings erwarte ich seitens der Kollegen im Parlament Hunderte Änderungsanträge. Aus über zweieinhalb Jahrzehnten Erfahrung als Europaabgeordneter weiß ich um die Gefahr, dass dann am Ende kein kohärenter Text mehr herauskommt. Ich wiederhole daher meine Aufforderung an die Kommission, den Vorschlag vorerst zurückzuziehen, das aktuelle Feedback einzuarbeiten und in einem Jahr einen neuen, qualitativ hochwertigen Text vorzulegen.

Das Interview führte Silke Böhm.